

## **WIDERSTAND & TRANSFORMATION – DIE TÄGLICHE HERAUSFORDERUNG DER GEWERKSCHAFTEN**

Die zweite Veranstaltung des auf fünf Diskussionen geplanten Debattenzyklus des Lateinamerika-Forums Berlin (LAF) in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema “Trotz alledem: Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Lateinamerika“ fand als Videokonferenz am 17. Juni 2021 mit Vertreter:innen aus vier Gewerkschaften aus Uruguay, Kolumbien und Brasilien statt. Die Einführung und die Moderation übernahmen für die spanischsprachigen Beiträge Kristin Bergen und für die portugiesische Debatte Louise Baumann (beide LAF).

Wie bereits bei der ersten Veranstaltung standen auch an diesem Abend die Situation und Perspektiven, die Herausforderungen und die praktischen Antworten der Gewerkschaftsbewegung in der Region im Zentrum, während in der nächsten Runde ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen diskutiert wird und in den Veranstaltungen vier und fünf dann der Blick direkt auf die sozialen Bewegungen gerichtet wird.

Das gemeinsame Thema dieses Zyklus unterstreicht die besondere Bedeutung der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen des Kontinents angesichts der erheblichen politischen, sozialen und ökonomischen Krisen, die durch die Corona-Pandemie dramatische Dimensionen erhalten haben. Als Stichwort seien nur die über 500 000 Pandemie-Toten in Brasilien genannt oder auch hohe Ziffern in anderen Ländern, die die gesamtgesellschaftliche Katastrophe verdeutlichen. Hinzu kommt in vielen Ländern eine politisch reaktionäre Entwicklung, die gewerkschaftliche und soziale Rechte reduziert und den Kampf der Gewerkschaften für Arbeitnehmer:innenrechte, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung umso dringender macht. Die zunehmende politische Repression und die Gefährdung der persönlichen Sicherheit der Aktivist:innen sowie die radikalen Änderungen der Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt als Folge der technologischen und gesellschaftlichen Neuerungen verlangen innovative und originelle Reformen auch und gerade von den Gewerkschaften.

Die Konföderation der Arbeiter:innen Amerikas (Confederación de Trabajadoras y Trabajadores de las Américas – CSA), der größte und wichtigste gewerkschaftliche Dachverband des Kontinents, hat dabei eine zentrale Rolle. Ihr „politischer Koordinator“, der Venezolaner Iván González, berichtete aus seinen praktischen Erfahrungen bei den Verhandlungen und der Formulierung der politischen Grundsätze der CSA, die geographisch den ganzen Kontinent berücksichtigen und thematisch und sektorial unter anderem Fragen der Menschenrechte, der Rechte der Arbeitnehmer:innen, der Umwelt, der Integration und Migration und der transnationalen Unternehmen abdecken.



Sein Überblick über die Geschichte der 2008 gegründeten CSA, heute ein Verband von 48 nationalen Gewerkschaftszentralen mit 55 Millionen Mitgliedern, war zugleich eine Geschichte der Politik und sozialen Konflikte des Kontinents der letzten 60 Jahre. Die Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika und in den einzelnen Ländern in politischer Hinsicht, in den Produktionsprozessen, in den Unternehmensorganisationen in Industrie und Handel usw. definierte die Herausforderungen und damit die strategische Grundsatzentscheidung der CSA für ein neues Modell gewerkschaftlicher Organisation, Kultur und Praxis.

Dieser „Selbsterneuerungprozess“ (Autorreforma Sindical), zielt auf einen umfassenden Re-form- und Transformationsprozess. Einsatz für gewerkschaftliche Freiheits- und Arbeitsrechte, Verteidigung von Demokratie, Integration bei Respekt vor nationaler Souveränität sowie Überwindung des neoliberalen transnationalen Kapitalismus bleiben traditionelle Aufgaben. Und das jetzt zusätzlich im Kontext der Entwicklung eines nachhaltigen Entwicklungskonzeptes, das die ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen neuen Bedingungen berücksichtigt, unter anderem auch die informellen und prekären Beschäftigungsverhältnisse, aber auch die Berücksichtigung von Frauen in den Gewerkschaften (die CSA kennt eine 40%-Mindest-Quote im Exekutiv-Direktorium und von den sieben gewählten Delegierten im Sekretariat sind vier Frauen) sowie von jüngeren Mitgliedern.

Der Aufgabenkatalog, so González, ist umfangreich: Stärkung der bestehenden Gewerkschaften und Berücksichtigung der Diversität der Beschäftigten, die Teilhabe junger Arbeiter:innen erhöhen und die Parität für Frauen durchsetzen, Bildungsarbeit erweitern und intensivieren, die Kooperation mit sozialen Bewegungen stärken, neue Kommunikationsstrategien entwickeln und praktizieren, um gewerkschaftliche Identität und Kampfbereitschaft zu fördern – kurz, Reform und Transformation sind eine Daueraufgabe.

Was das konkret heißt, erläuterte Igor Kareld Díaz López, Präsident der nationalen Kohlegewerkschaft Kolumbiens (Sindicato Nacional de los Trabajadores de la Industria del Carbón de Colombia – SINTRACARBON). Die aktuelle Situation seines Verbandes muss natürlich im Kontext der augenblicklichen sozialen Kämpfe Kolumbiens gesehen werden, die seit Monaten das ganze Land erschüttern und von der Regierung zunehmend brutal unterdrückt werden. In ihren konkreten Auseinandersetzungen ist SINTRACARBON in erster Linie mit drei ausländischen Bergbaukonzernen konfrontiert, die von der Regierung Schürfrechte für 38.000 Hektar bis zum Jahr 2034 in der Guajira-Region erhalten haben. Der rücksichtslose Extraktivismus hat seit langem nicht nur zu erheblichen ökologischen Schäden geführt, sondern bedroht auch Gesundheit und Lebensbedingungen der Indigenen und Afrokolumbianischen Gemeinschaften der Guajira unter anderem durch Wassermangel und schwere Umweltbelastungen. Dies führte zu heftigem Widerstand der Gemeinschaften zusammen mit der Gewerkschaft gegen die Konzerne, eine weitere Bedingung, die die Arbeit der Kohle-Gewerkschaft mitbestimmt. Die im engeren Sinne klassischen gewerkschaftlichen Konfliktfelder, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsschutz, Lohn und soziale Forderungen, beweisen sich bei den Auseinandersetzungen um die Kollektivverträge als gefährliches Minenfeld, vor allem in Zeiten der Pandemie.



Die große (Export)Bedeutung der Kohleindustrie (Kolumbien z.B. ist auch für die BRD der wichtigste Kohlelieferant) macht diesen Sektor zu einem „strategischen“, der die pandemiebedingten Schutzrechte der Beschäftigten rücksichtslos einzuschränken erlaubte. Die Unternehmen nutzten ihre „strategische Bedeutung“ zu weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, wie z. B. die Entlassung von mehreren hundert Beschäftigten und die Erhöhung der Arbeitszeit, die nur zum Teil durch einen dreimonatigen Streik gelindert werden konnten.

Die Situation der Indigenen und Afrokolumbianischen Gemeinschaften im Einzugsgebiet des Kohleabbaus, das grundsätzliche aktuelle und erst recht zukünftige Thema der ökologischen Nachhaltigkeit des Extraktivismus sowie einer zukunftsorientierten Energiepolitik ohne Kohle fordern von SINTRACARBON einerseits eine klare solidarische Haltung und Kooperation mit den lokalen Gemeinschaften und zugleich, einen Beitrag zu leisten, um eine umweltverträgliche nachhaltige Energiepolitik auch im Interesse der direkten und indirekten 12000 im Bergbau Beschäftigten zu formulieren. Im Tarifvertrag findet sich ein Passus, der die Schaffung eines Forums für eine „gerechte energetische Übergangslösung“ mit Beteiligung von Regierung, Unternehmen, Gewerkschaft und Gemeinschaften vorsieht. Leider gibt es dazu bisher keinerlei konkrete Vorstellungen, auch nicht von Seiten der Regierung. Igor Kareld machte zudem eindringlich noch einmal aufmerksam auf die von Seiten der Regierung mit unverminderter Gewalt beantworteten landesweiten sozialen Forderungen und die zahlreichen Morde an politischen Oppositionellen und Aktivist:innen der sozialen Bewegungen.

Zwei Erfahrungen aus Brasilien ergänzen die Debatte. Die beiden Gewerkschaften kommen aus unterschiedlichen Branchen, jedoch gehören sie beide dem Gewerkschaftsdachverband CUT an und ihre Mitglieder sind überwiegend Frauen.

Célia Regina Costa, Generalsekretärin und Ex-Präsidentin der Gewerkschaft der Arbeiter:innen im öffentlichen Gesundheitsdienst des Bundestaates São Paulo (SindSaúde-SP) schilderte die Strategie der Gewerkschaft im Kampf gegen die dramatische Situation in der Corona-Pandemie angesichts einer nationalen Regierung, die die Pandemie leugnet und die Covid-19-Toten zynisch ignoriert, sowie einer antigewerkschaftlichen bundesstaatlichen Regierung, die sich weigert, zu verhandeln und ausschließlich auf die Privatisierung bei den Gesundheitsdiensten setzt. Die Gewerkschaft SindSaúde-SP entstand aus dem Zusammenschluss diverser bestehender Gruppierungen, die sich als Gewerkschaft konstituierten, nachdem durch die Verfassung von 1988 gewerkschaftliche Organisation auch für Beschäftigte im öffentlichen Dienst erlaubt wurde. Sie repräsentiert die Gesamtheit der Arbeiter:innen des öffentlichen Gesundheitswesens im Bundestaat: Ärzt:innen und Zahnärzt:innen, Pflegepersonal und Beschäftigte der Verwaltungsdienste und der Institutionen zur Überwachung und Vorsorge von übertragbaren Krankheiten, der technischen Dienste etc. Diese Unterschiedlichkeit der Aufgabenbereiche wird auch im Vorstand berücksichtigt, der zudem die ethnische und die Geschlechteridentität der Organisierten abbildet. 75% der Beschäftigten sind Frauen. SindSaúde-SP hat 25.000 Mitglieder, die sich auf die 600 Kommunen des bevölkerungsstärksten und ökonomisch reichsten Bundesstaates Brasiliens verteilen, und verfügt über 400 Repräsentant:innen in den einzelnen Sektionen.



Zu Beginn der Pandemie wurde deutlich, dass die Regierung von São Paulo –ebenso wenig wie die nationale Regierung – in keiner Weise vorbereitet war, obwohl die Pandemiewarnzeichen längst in Brasilien präsent waren. Der Bundesstaat hat die höchste Sterblichkeit bei Covid-19 Kranken des ganzen Landes. Die Gewerkschaft musste sogar die Gerichte bemühen, um die Beschaffung individueller Schutzausrüstung für die Beschäftigten wie Mund-Nase-Schutzmasken durchzusetzen, und auch, um die Regierung zu zwingen, die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Im Moment sind Themen dieser Verhandlungen die Betreuung von Beschäftigten, die unter Covid-19 Spätfolgen leiden, sowie Maßnahmen, um die mentalen und psychologischen Folgen der momentanen Situation aufzufangen. Zur Strategie der Gewerkschaft gehört in diesen Zeiten der Pandemie die „mobile Gewerkschaft“. Hier besuchen die Teams der Gewerkschaft die einzelnen Arbeitsbereiche im Gesundheitssektor, um vor Ort die Arbeitsprobleme zu diskutieren und damit externe Versammlungen zu vermeiden.

Die Gewerkschaft verbindet sich mit der Bevölkerung und sozialen Bewegungen, um das Recht auf ein öffentliches Gesundheitswesen einzufordern und, das „einheitliche Gesundheitswesen“ (Sistema Único de Saúde – SUS) zu verteidigen. Dieses System besteht seit 1988 in Brasilien und ist in akuter Gefahr durch erhebliche Kürzungen des öffentlichen Gesundheitsetats des Landes und die erwähnte bundesstaatliche Privatisierungspolitik. Denn auch wenn der jetzige Gouverneur von São Paulo, der die Wahl von Präsident Bolsonaro unterstützt hatte, inzwischen mit diesem gebrochen hat, so teilen beide doch die gleiche Vision eines möglichst reduzierten und „privatisierten“ Staates. Fast die Hälfte des Gesundheitsetats von São Paulo geht an einige sogenannte „soziale Organisationen“, die in Wirklichkeit private Institutionen sind, denen praktisch die Gesundheitsdienste übertragen werden.

Paula Proença, wiedergewählte Präsidentin der Gewerkschaft der Arbeiter:innen der Bekleidungsindustrie von Sorocaba und Region, einem Industriegebiet, das sich über drei Kommunen erstreckt, erläuterte die Gewerkschaftsstrategie für und mit den etwa 2000 Beschäftigten, von denen 85% Frauen sind. Diese Gewerkschaftsbasis umfasste früher 12.000 Beschäftigte, reduzierte sich aber durch die wirtschaftlichen Probleme, die dazu führten, dass viele Unternehmen in Regionen abwanderten, die eine geringere gewerkschaftliche Organisation und mehr Steuervorteile boten.

Es blieben nur 96 Firmen, von denen 48% Klein- oder Kleinstunternehmen sind. Um die Überausbeutung und Kinderarbeit zu vermeiden, die in der Bekleidungsindustrie häufig vorkommen, schaffte es die Gewerkschaft in den Kollektivverhandlungen, Heimarbeit zu verbieten. Der Vorstand der Gewerkschaft hat 12 weibliche Mitglieder, einige von ihnen ohne Freistellung, d.h., sie arbeiten weiter in dem Unternehmen. Allerdings ist die Gewerkschaft nicht in allen Unternehmen repräsentiert und ist auch nicht am Arbeitsplatz vertreten. Deshalb gilt es, Alternativen zu entwickeln, um mit den Beschäftigten in Kontakt zu treten bzw. zu bleiben. So besuchen zum Beispiel die Vorstandsmitglieder zweimal am Tag die Fabrikto, zu Beginn der Frühschicht und zur Mittagpause, um mit den Beschäftigten lokale Probleme, aber auch Themen des Arbeitsalltags und anderes zu besprechen.



Die Beschäftigten lassen sich kaum für Streiks oder größere Demonstrationen mobilisieren. Denn die große Mehrheit der Frauen hätte damit große Schwierigkeiten, weil sie z.B. allein für ihre Familie verantwortlich sind. Aber sie sind an gewerkschaftlichen Themen durchaus interessiert und unterstützen sie. Zudem ist die erhebliche Rotation der Beschäftigten, also der Arbeitsplatzwechsel, eine weitere Herausforderung für die gewerkschaftliche Organisierung.

Während der Pandemie hat die Gewerkschaft die sozialen Netzwerke, sei es durch Facebook oder über ihre Website, verstärkt genutzt zu ihrer Kommunikation und Aktion. WhatsApp wurde das wichtigste Medium für den alltäglichen Kontakt und die Kommunikation über gewerkschaftliche Aktionen und wird auch genutzt, um spezielle Fragen in den einzelnen Unternehmen mittels einer firmenspezifischen Kommunikationskette zu bearbeiten.

Es ist bemerkenswert, dass es im Jahr 2020 der Gewerkschaft gelungen ist, alle Vereinbarungen des Kollektivvertrags zu bewahren, da es angesichts der Pandemie sehr schwierig war, in diesem Jahr Rechte der Beschäftigten auszuhandeln. Doch wurde erreicht, dass die Unternehmen verpflichtet wurden, den Beschäftigten Schutzausrüstungen zur Verfügung zu stellen und Gesundheitsschutzmaßnahmen zu ergreifen, z.B. Abstand zwischen den Maschinen einzurichten. Und man erreichte auch, dass Schwangere während der Pandemie freigesellt wurden, bevor dies dann ein national geltendes Recht wurde. Die Gewerkschaft verfolgt das Konzept der „Bürger:innengewerkschaft“, d.h., man konzentriert sich nicht ausschließlich auf die Situation in der Fabrik, sondern man kümmert sich auch um alle Fragen, die mit den Rechten und der Würde der arbeitenden Bevölkerung zu tun haben.

Paula Proença nannte in diesem Zusammenhang, dass es den Arbeiter:innen nicht gut gehen könne, solange sie nicht über eine sanitäre Grundversorgung verfügen, oder über eine befriedigende Gesundheitsvorsorge sowie eine qualitativ hochwertige Erziehung für ihre Kinder. Aus dieser Perspektive ergibt sich die Pflicht der Gewerkschaften, sich auch für diese Ziele einzusetzen. Das heißt zugleich, nicht korporativ, sondern solidarisch zu agieren. Die Gewerkschaft analysiert und verbreitet die sozialen und politischen Themen zusammen mit ihrer Mitgliederbasis, und zeigt die Verbindung zwischen den Kämpfen um Arbeitsrechte, sowie um soziale, politische und gesellschaftliche Rechte, also um Rechte der Bürger:innen. Die beiden vorgestellten brasilianischen Gewerkschaften sind aktiv in verschiedenen Gremien zur Entwicklung und Kontrolle der öffentlichen Politik, den sogenannten „conselhos (Räte)“ in denen Regierungsinstitutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten sind und die in der nationalen Verfassung vorgesehen sind. So nimmt die Gesundheitsgewerkschaft SindSaúde-SP am bundesstaatlichen Gesundheitsrat teil, und die Gewerkschaft der Bekleidungsindustrie beteiligt sich an den kommunalen „Räten“ zu den Themen Gesundheit, Umwelt, Frauenpolitik, Politik für die LGBTI, für die Afrobrasilianische Bevölkerung etc.

Beide Gewerkschaften haben auch aktiv teilgenommen an den Kämpfen gegen die sogenannten „Arbeitsmarktreformen“, die verabschiedet wurden nach dem parlamentarischen Putsch, der die Präsidentin Dilma Rousseff stürzte.



Diese sogenannte Reform hatte als Ziel, in drastischer Form Rechte der Arbeiter:innen zu reduzieren und die Gewerkschaften zu schwächen. In ihrem Schlusswort betonten Célia Regina Costa und Paula Proença die Dringlichkeit des Kampfes gegen die aktuelle rechtsradikale Regierung in Brasilien.

Ein Bericht von Didice Godinho Delgado und Alberto Koschützke

